



# Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt

An den Grossen Rat

**09.5349.02**

BVD/P095349  
Basel, 21. Dezember 2011

Regierungsratsbeschluss  
vom 20. Dezember 2011

## **Anzug Oswald Inglin und Eveline Rommerskirchen betreffend eine Bereinigung der Pausenhofsituation auf dem Kohlenberg**

Der Grosse Rat hat an seiner Sitzung vom 3. Februar 2011, den nachstehenden Anzug Oswald Inglin und Eveline Rommerskirchen dem Regierungsrat zur Berichterstattung überwiesen:

„Auf dem Kohlenberg befinden sich vier Schulhäuser mit insgesamt rund 2'500 Schülerinnen und Schülern. Die vier Gebäude grenzen z. T. ohne richtigen Umschwung direkt an die Allmend. Alle ihre Hauptausgänge stossen direkt an öffentliche Strassen: Kohlenberg, Kohlenberggasse, Kanonengasse, Leonhardstrasse. Die wenigen und kleinen Freiflächen dienen z. T. als Veloparkplätze. Die eigentlichen Pausenflächen sind klein (Teerplatz vor Holbein-Turnhallen), unattraktiv (Hof mit Oberlichtern über der Dreifachturnhalle Leonhard) und schattig (Eingangsbereiche Kanonengasse).

Entsprechend zieht es die Schülerinnen und Schüler an den sonnigen Fleck vor dem Eingang des Gymnasiums Leonhard am Übergang Kohlenberg/Kohlenberggasse oberhalb der Freitreppe zum Barfüsserplatz. Das Gedränge an diesem Lichtpunkt ist gross. Immer wieder kommt es zu Behinderungen des Verkehrs. Entnervte Fahrerinnen und Fahrer neigen nicht selten zu gefährlichen Ausbruchversuchen aus der Menschentraube.

Die allseits unbefriedigende Situation ist seit Jahren bekannt. Die eigentliche nutzbare Pausenfläche pro Schülerin und Schüler ist zu gering. Die Verzahnung von Schul- und öffentlichem Raum führt mangels attraktivem Pausenplatz zur Nutzung von Durchgangsstrassen als Pausenaufenthaltsort, insbesondere als diese, wie im Falle der Verlängerung der Kohlenberggasse vor dem Haupteingang des Gymnasiums Leonhard, der sonnigste Ort mit bester Aussicht auf die Stadt darstellt (siehe oben). Kurz: Es dürfte in der ganzen Schweiz keinen Schulstandort mit ähnlich knappem und unattraktivem Aussenaufenthaltsraum geben. Hinzu kommt die unklare Situation der Weisungsbefugnis der Schulleitung auf einem eigentlichen Mischgelände von Schul- und öffentlichem Raum, die dazu führt, dass z. B. rauchende Schülerinnen zwar vom eigentlichen Schulgelände gewiesen werden, aber in unmittelbarer Nähe desselben auf der Allmend das Verbot umgehen können.

Mehr als einmal wurde ein Versuch unternommen, mit Eingaben und Petitionen an die Regierung die Situation zu verbessern:

- November 2000: Der damalige Rektor des Gymnasiums Leonhard stellt einen Antrag auf "Lancierung eines interdepartementalen Projekts. Innere und äussere Raumsituation des Gymnasiums Leonhard" an das Erziehungsdepartement. Es versandet.
- 2002 reicht eine Klasse des Gymnasiums Leonhard im Rahmen eines Projekts eine Petition an den damaligen Vorsteher des Polizei- und Militärdepartements ein. Dieser bringt Verständnis auf, schlägt eine Begegnungszone vor, für die das damalige Baudepartement verantwortlich ist. Das Schreiben wird weitergeleitet. Es versandet.

Der Leidensdruck der Schulkommission, der Schulleitung und der Schülerschaft des Gymnasiums Leonhard ist inzwischen so hoch, dass von weiteren Anträgen und Petitionen abgesehen und versucht wird, politisch Veränderungen der prekären Situation zu erreichen. Entsprechend reichen die in der Schulkommission vertretene Grossrätin und der in der Schulleitung vertretene Grossrat diesen Anzug ein und bitten die Regierung zu prüfen und zu berichten:

1. Inwiefern auf den Antrag von 2000 zurückgekommen werden und eine interdepartementale Projektgruppe zur Raum- und Verkehrssituation auf dem Kohlenberg eingesetzt werden kann.
2. Inwiefern als Sofortmassnahme eine Verkehrsberuhigung der Kohlenberggasse entweder durch eine Richtungsänderung der Einbahnstrasse zur Verhinderung des Parksuchverkehrs, durch den Einbezug des neuralgischen Strassenzuges vor dem Eingang Gymnasium Leonhard in eine Begegnungszone mit entsprechenden baulichen Massnahmen (z. B. Entfernung der Veloabstellplätze unmittelbar oben an der Freitreppe) oder durch die Sperrung der Kohlenberggasse für den Durchgangsverkehr erreicht werden kann.
3. Inwiefern mittelfristig die Gestaltung des Pausenraums rund um die Schulhäuser auf dem Kohlenberg baulich verbessert werden kann.

Oswald Inglin, Eveline Rommerskirchen“

Wir berichten zu diesem Anzug wie folgt:

## 1. Ausgangslage

Der Regierungsrat geht mit den Anzugsstellenden einig, dass die Situation im Geviert Kohlenberg bezüglich Aufenthaltsflächen nicht optimal ist, und die Pausenflächen räumlich limitiert sind. Die enge räumliche Situation am Kohlenberg ist vor allem historisch bedingt; die Raumverteilung in diesem Gebiet hat sich in den letzten 100 Jahren kaum geändert.

## 2. Erwägungen

Die Analyse des betreffenden Gebiets hat zu folgenden Ergebnissen geführt:

Eine Erweiterung der Pausen- und Aufenthaltsflächen ausserhalb des eigentlichen Schularaums ist unter Beachtung des ebenfalls sehr begrenzten und stark beanspruchten Raumangebotes der Allmend nicht ohne Weiteres möglich. Um mehr Aufenthaltsfläche zu gewinnen, erscheint eine mögliche Sperrung bzw. „Einverleibung“ der Kanongasse zwischen den Schulhäusern Kohlenberg und Holbein zwar naheliegend. Doch ist diese Verbindung im

Richtplan ein Bestandteil des kantonalen Fusswegnetzes; als wichtige Verbindung von und zum Stadtzentrum muss sie der Öffentlichkeit uneingeschränkt zur Verfügung stehen.

Auch der Gedanke, dass die bestehenden, Schatten werfenden Platanen entlang der Kanonengasse vor dem Gymnasium Leonhard mitverantwortlich für die schlechte Nutzung des Vorplatzes als Pausenplatz zeichnen und daher zur Verbesserung der Aufenthaltsqualität zu entfernen sind, hat aufgrund der bestehenden Baumschutzbestimmungen kaum Erfolgchancen.

### 3. Beantwortung der einzelnen Fragen

3.1 *Inwiefern auf den Antrag von 2000 zurückgekommen werden und eine interdepartementale Projektgruppe zur Raum- und Verkehrssituation auf dem Kohlenberg eingesetzt werden kann.*

**Projektgruppe.** Der Regierungsrat hat das BVD mit der Umsetzung einer Begegnungszone im Bereich Kohlenberg beauftragt. Zudem hat er das ED mit der Schaffung einer interdepartementalen Projektgruppe beauftragt. Diese soll sich zusammensetzen aus Vertreterinnen und Vertretern von ED, BVD (Hochbauamt, Planungsamt, Mobilität) sowie Exponenten der Schulleitung und soll unter Federführung des ED die Arbeiten für die Begegnungszone begleiten.

3.2 *Inwiefern als Sofortmassnahme eine Verkehrsberuhigung der Kohlenberggasse entweder durch eine Richtungsänderung der Einbahnstrasse zur Verhinderung des Parksuchverkehrs, durch den Einbezug des neuralgischen Strassenzuges vor dem Eingang Gymnasium Leonhard in eine Begegnungszone mit entsprechenden baulichen Massnahmen (z. B. Entfernung der Veloabstellplätze unmittelbar oben an der Freitreppe) oder durch die Sperrung der Kohlenberggasse für den Durchgangsverkehr erreicht werden kann.*

**Richtungsänderung Einbahnstrasse.** Eine Umkehrung der Einbahnstrasse Kohlenberg/Kohlenberggasse bedingt eine verkehrlichen Neuorganisation mit grösseren baulichen Anpassungen in Form einer Strassenverbreiterung im Knotenbereich Steinengraben/Kanonengasse/Heuwaageviadukt. Eine erst vor knapp zwei Jahren mit der Sanierung des Heuwaageviadukts erneuerte Verzweigung müsste dabei bereits wieder umgebaut bzw. angepasst werden.

Die Situation stellt sich am Knoten als komplex dar:

- Der Einfahrtsbereich des Knotens müsste zur Aufrechterhaltung der Erschliessung der Kanonengasse (Sackgasse zwischen Steinengraben und dem Schulhaus am Kohlenberg) sowie der Liegenschaft Nr. 55 am Steinengraben im Gegenverkehr organisiert werden, damit die Kanonengasse vor den Schulhäusern weiterhin verkehrsfrei gehalten werden kann.
- Die heute beim Knoten den Zweiradfahrenden vorbehaltenen Ausfahrt aus der Kanonengasse müsste infolge des nötigen Platzbedarfs aufgehoben bzw. in eine Ausfahrt ohne eigene Velomassnahmen umgestaltet werden.

- Aufgrund der benötigten Fahrbeziehungen und der fehlenden Stauraumlänge bei der Ausfahrt kann eine Behinderung der Hauptverkehrsachse (Heuwaage-Viadukt/Steinengraben) und somit auch eine Behinderung des öV nicht ausgeschlossen werden.

Aus genannten Gründen ist eine Richtungsänderung der Einbahnstrassen im Sinne der Anzugsstellenden in der heutigen Situation nicht möglich.

**Begegnungszone.** Eine Begegnungszone ist zwar nicht in der Lage, das eigentliche Problem fehlender Aufenthaltsflächen zu lösen, doch kann damit ein Beitrag zur Entschärfung geleistet werden. Die Massnahme scheint daher aus Sicht des Regierungsrates an diesem Ort möglich und sinnvoll und soll umgesetzt werden (s. Punkt 3.1). Der Regierungsrat weist aber auch darauf hin, dass sich mit einer Begegnungszone zwar die Vortrittsverhältnisse zu Gunsten der Fussgänger ändern, diese aber gemäss geltendem Strassenverkehrsrecht den Verkehr nicht unnötig behindern dürfen. Hier kann sowohl bei der jungen Schülerschaft als auch bei den Verkehrsteilnehmenden nur an die gegenseitige Rücksichtnahme appelliert werden.

Das Entfernen der vorhandenen Veloabstellplätze oberhalb der Treppe hat nur dann Aussicht auf nachhaltigen Erfolg, wenn die Schülerinnen und Schüler auch bereit sind, den vorhandenen, heute aber nur schwach frequentierten Velokeller entsprechend zu nutzen.

**Sperrung Kohlenberggasse.** Eine Sperrung der Kohlenberggasse für den Durchgangsverkehr bedingt gemäss Rechtsprechung des Bundesgerichtes auch die Aufhebung sämtlicher Parkierungsmöglichkeiten in diesem Abschnitt (heute 32 Parkplätze in der blauen Zone mit Anwohnerparkkarte). Hinzu kommen die geforderten Kontrollen zur Durchsetzung der Massnahme. Der Regierungsrat hält diese Massnahme für wenig opportun, fällt doch die Anwohnerschaft der Postkreises 4051 bereits heute schwer, überhaupt einen Parkplatz in der blauen Zone vorzufinden.

Eine Reduktion des Parksuchverkehrs ist dennoch absehbar. Gemäss Beschluss des Grossen Rats zur Parkraumbewirtschaftung wird es künftig in der Innenstadt (Grossbasel innerhalb des Cityrings und Kleinbasler Kernzone) nur noch gebührenpflichtige Parkplätze (Parkkarte oder Parkuhr) geben. Dadurch soll unter anderem die Suche nach zeitlich unbeschränkten Gratisparkplätzen eingedämmt werden. Die Nachhaltigkeit dieser Massnahme und somit auch die Auswirkungen auf das Geviert Kohlenberggasse können aber erst nach der Umsetzung der Parkraumbewirtschaftung verlässlich beurteilt werden.

### *3.3 Inwiefern mittelfristig die Gestaltung des Pausenraums rund um die Schulhäuser auf dem Kohlenberg baulich verbessert werden kann.*

Es ist dem Regierungsrat bewusst, dass die Pausenraumsituation ungenügend ist. Er ist der Auffassung, dass dieser Aspekt ebenfalls in der Arbeitsgruppe vertieft bearbeitet werden soll. Der Regierungsrat ist bestrebt, den heute teilweise unattraktiv erscheinenden, zum Schulhausareal gehörenden und schlecht genutzten Platz mit gestalterischen Massnahmen ansprechender zu machen, um so die Aufenthaltsqualität zu steigern. Es liegt aber in der Natur der Sache, dass eine „Vermehrung“ der Aufenthaltsflächen nicht möglich sein wird.

#### 4. Antrag

Auf Grund dieses Berichts beantragen wir Ihnen, den Anzug Oswald Inglin und Eveline Rommerskirchen betreffend einer Bereinigung der Pausenhofsituation auf dem Kohlenberg abzuschreiben.

Im Namen des Regierungsrates des Kantons Basel-Stadt



Dr. Carlo Conti  
Regierungsvizepräsident



Barbara Schüpbach-Guggenbühl  
Staatschreiberin